

DualPlus

Recht auf Ausbildung faktisch umsetzen Übergang von Schule in Ausbildung verbessern

9. Oktober 2008

von Priska Hinz MdB und Brigitte Pothmer MdB

Zusammenfassung

Wir wollen erreichen, dass jeder und jede Jugendliche nach der Schule eine anerkannte Berufsausbildung machen kann. Das Angebot an Ausbildungsplätzen darf nicht länger von konjunkturellen Entwicklungen abhängig bleiben. Auch Veränderungen in der Wirtschaft, die das Duale System seit geraumer Zeit vor große Herausforderungen stellen, wie z. B. die Zunahme von Kleinst- und Dienstleistungsbetrieben, die nicht in der Lage sind, das komplette Spektrum einer Ausbildung anzubieten, dürfen nicht zur dauerhaften Hürde für den Berufseinstieg von Schulabgängern werden. In Zukunft müssen die Hilfsangebote an die Jugendlichen, die die Lücke zwischen den Anforderungen der Betriebe und den Fähigkeiten der Bewerber schließen sollen, individuelle und flexible Unterstützung anbieten.

Ein Ausbildungsplatz bleibt heute nicht nur für viele Hauptschülerinnen und -schüler ein frommer Wunsch, wie der neue Nationale Bildungsbericht zeigt. Unter den inzwischen 380 000 Altbewerbern finden sich auch viele Jugendliche mit Realschulabschluss. Anstatt weiterhin drei bis vier Milliarden Euro jährlich für ein unsinniges Warteschleifensystem auszugeben, das für viel zu viele Jugendliche zur Sackgasse wird, wollen wir mit DualPlus echte Ausbildungsplätze nach dem dualen Prinzip schaffen. Wir wollen allen Altbewerbern eine Berufsausbildung ermöglichen, lernschwächere Jugendliche gezielt individuell fördern und auch Jugendlichen mit Behinderungen zusätzliche Zugänge zur dualen Ausbildung eröffnen.

Die Kernpunkte von DualPlus sind:

- Zusätzliche Ausbildungsplätze werden an neu ausgerichteten und zum Teil auch neu gegründeten überbetrieblichen Ausbildungsstätten (ÜBS) geschaffen. Dort lernen Auszubildende nach dem dualen Prinzip, hohe betriebliche Anteile sind einbezogen. ÜBS werden gemeinsam von Berufsschulen und Kammern organisiert und von Kammern, Ländern, Bundesagentur für Arbeit (BA) und Bund finanziert.
- Die gesamte Berufsausbildung wird neu strukturiert und in bundesweit anerkannten Modulen organisiert. Die Wahrung des Berufsprinzips bleibt durch die Inhalte der Module und die Kammerabschlussprüfung erhalten. Durch Modularisierung werden Teilschritte der Ausbildung besser anerkannt und angerechnet, das Bildungssystem wird durchlässiger.
- Mit DualPlus können mehr betriebliche Ressourcen für die Ausbildung gewonnen werden, insbesondere bei Unternehmen ohne Ausbildungstradition, bei kleinen Betrieben oder bei sehr spezialisierten Betrieben. Denn sie müssen nicht die Verantwortung für eine komplette Ausbildung übernehmen, sondern können auch einzelne Module anbieten.
- Damit kein Qualifizierungsschritt mehr ohne Abschluss, Anerkennung und Anrechnung bleibt, werden die bestehenden Übergangsmaßnahmen zwischen Schule und Ausbildung in DualPlus überführt: Ein Teil wird zu Grundmodulen der Ausbildung, ein Teil geht in Produktionsschulen

auf. An Produktionsschulen sollen Schulabbrecher im und aus dem Arbeitsprozess lernen und einen Schulabschluss nachholen.

- Auszubildende, die zusätzliche Förderung brauchen, werden von der ÜBS beraten und begleitet. Sie bekommen nicht weniger, sondern mehr Lernzeit. Sie haben die Möglichkeit, Module in einem längeren Zeitraum zu absolvieren oder zwischen zwei Modulen einen passgenauen Förderkurs zu absolvieren.

Ohne Warten durchstarten

Grünes Ziel ist, dass jeder und jede Jugendliche nach der Schule eine echte Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf absolvieren kann. Von diesem Ziel ist das heutige Ausbildungssystem meilenweit entfernt. Es ist nicht mehr in der Lage, Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen.

40% der Bewerberinnen und Bewerber gehen nach der Schule leer aus, sie bekommen nur mehr oder minder gute Angebote zur Berufsvorbereitung. Und das, obwohl viele von ihnen einen guten Schulabschluss haben. Nach einem Jahr sind die meisten dann erneut auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Besonders schwierig ist der Übergang für Hauptschulabsolventinnen und -absolventen. Über die Hälfte von ihnen hat auch nach über einem Jahr noch keinen Ausbildungsplatz gefunden. Inzwischen ist die Gruppe der Altbewerberinnen und -bewerber auf ca. 380 000 angewachsen. Zusätzlicher Druck auf das Ausbildungssystem entsteht durch die viel zu geringe Anzahl der von den Ländern zur Verfügung gestellten Studienplätze. Dadurch drängen viele Jugendliche mit Hochschulzugangsberechtigung auf den Ausbildungsmarkt.

Gleichzeitig verlässt ein Fünftel der Jugendlichen die Schule mit Kompetenzen auf Grundschulniveau. Deshalb muss es in erster Linie künftige Aufgabe der Schulen sein, die Ausbildungsreife von Jugendlichen durch bessere individuelle Förderung und Berufsorientierung herzustellen. Solange aber viele dieser Jugendlichen nicht ausbildungsreif sind, liegt es auf der Hand, dass sie eine gute, passgenaue Förderung vor Eintritt in eine Ausbildung brauchen.

Ineffizientes und teures Übergangssystem

Der erfolgreiche Einstieg ins Berufsleben ist für die Verlierer am Ausbildungsstellenmarkt, d.h. die Jugendlichen, die es nicht direkt nach der Schule in eine Ausbildung schaffen, oftmals langfristig verbaut. Denn die Übergangsangebote, die ihnen zumindest den späteren Zugang ermöglichen sollen, entpuppen sich regelmäßig als nutzlose Warteschleifen, weil sie Jugendliche nicht individuell fördern und die dort erworbenen Kompetenzen von Betrieben nicht anerkannt werden bzw. nicht auf eine Ausbildung anrechenbar sind. Zudem sind die Angebote immer weniger passgenau. In Maßnahmen, die für tatsächlich nicht ausbildungsreife Jugendliche konzipiert sind, steigt der Anteil höher qualifizierter Jugendlicher stetig an. Das wiederum verdrängt die Schwächeren, die dann in Ein-Euro-Jobs u. ä. landen. Viele Jugendliche durchlaufen sogar mehrere Übergangsmaßnahmen hintereinander. Zurzeit befinden sich ca. 500 000 Jugendliche in diesem ineffizienten System, das mindestens drei bis vier Milliarden Euro pro Jahr kostet.

Die Gesellschaft verliert ein enormes Potenzial, das in Zukunft am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft fehlen wird. Wer den Einstieg in die Ausbildung nicht schafft, wird später mit hoher Wahrscheinlichkeit von Sozialtransfers abhängig. Bleibt der Übergang von der Schule in das Berufsleben durch das Festhalten maßgeblicher Akteure an überkommenen Strukturen zubetoniert, wird Generationen von Schulabgängerinnen und -abgängern die Chancen auf Bildung und Eigenverantwortung vorenthalten, die jeder Einzelne und die Gesellschaft als Ganzes für eine gute Zukunft brauchen.

Gute Konjunktur wird Problem nicht lösen

Das Ausbildungsangebot der Betriebe geht seit Jahren zurück, insgesamt bildet in Deutschland nur ein Viertel der Unternehmen aus. Für den Rückgang des betrieblichen Ausbildungsangebots sind die sinkende Zahl der Betriebe im Handwerk und eine insgesamt veränderte Wirtschaftsstruktur verantwortlich. Durch den Wandel der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft sind viele Branchen entstanden oder gewachsen, die keine Ausbildungstradition haben. Gleichzeitig steigen in einer zunehmend wissensbasierten Ökonomie auch die theoretischen Anforderungen an die Fachkräfte. Auch wenn jüngst konjunkturbedingt die Zahl der Ausbildungsplätze angestiegen ist, hilft das den Altbewerbern nicht und die strukturellen Probleme werden nicht gelöst.

DualPlus schafft Ausbildungsperspektive für Altbewerber

Wir Grüne wollen das ineffiziente und teure Übergangssystem ab- und umbauen, zu Gunsten eines neuen Weges in der Berufsausbildung. Wir bieten damit konkrete Vorschläge, wie ein Recht auf gute Ausbildung für alle umgesetzt und die Zahl der Altbewerber in den kommenden Jahren dauerhaft sinken kann. Wir wollen Strukturen verändern, anstatt unsere Energie in populistische Forderungen nach einem Grundrecht auf Ausbildung zu stecken. Wir fordern kein neues Notprogramm – davon gab es in der Vergangenheit genug, mit zweifelhaftem Erfolg.

Das bestehende duale System soll mit DualPlus nicht ersetzt, sondern sinnvoll ergänzt, weiterentwickelt und durchlässiger gemacht werden. Das heißt insbesondere, dass Ausbildung neu strukturiert wird, dass ein (Kammer-)Abschluss in den anerkannten Ausbildungsberufen auch an überbetrieblichen Ausbildungsstätten möglich wird und diese neben Betrieb und Berufsschule ein dritter regulärer Lernort werden. Bereits heute gibt es vielerorts Projekte und Programme, die in diese Richtung gehen, es fehlt jedoch ein systematischer Ansatz. Wir wollen das mit DualPlus ändern.

DualPlus ist kein rein schulisches Angebot, sondern eine Ausbildung nach dem dualen Prinzip, d.h. die Verknüpfung von praktischen und theoretischen Anteilen an verschiedenen Lernorten. Es ist also die Umsetzung des dualen Prinzips ergänzend zum traditionellen dualen System. Eine Ergänzung des dualen Systems bedeutet ein Plus an mit staatlicher Hilfe bereitgestellten Ausbildungsplätzen – mit hohen betrieblichen Anteilen. De facto werden heute im drei bis vier Milliarden schweren Übergangssystem bereits große Ausbildungsanteile öffentlich finanziert. Diese Ausbildungsleistungen sind aber in der Regel von mangelhafter Qualität und bieten keine guten Perspektiven für die Jugendlichen. Eine Umschichtung dieser Mittel in echte, anerkannte Ausbildung ist daher mehr als geboten.

DualPlus bietet Ausbildung für alle

DualPlus richtet sich zum einen an die Gruppe der sog. „marktbenachteiligten“ Jugendlichen, d.h. jene, die aufgrund ihrer Kompetenzen durchaus in der Lage wären, eine normale Ausbildung zu absolvieren, aber in den letzten Jahren aufgrund fehlender Ausbildungsplätze leer ausgegangen sind. Gerade diese Gruppe von ca. 150 000 Jugendlichen durchläuft häufig Maßnahmen, die nicht passgenau sind und dadurch keine Kompetenzsteigerung bewirken. Im Gegenteil, je länger die Jugendlichen sich in Warteschleifen befinden, desto weniger sind sie motiviert und verlieren häufig sogar Kompetenzen. Mit DualPlus kommen sie direkt in eine richtige Ausbildung.

Zugleich soll DualPlus aber auch die Situation für diejenigen verbessern, die tatsächlich noch Nachholbedarf haben, wenn sie die Schule verlassen. Dies wird dadurch erreicht, dass Förderung für diese Gruppe von Jugendlichen nach dem Produktionsschulprinzip erfolgt. Hier entsteht das Lernen aus und mit dem Arbeitsprozess, zugleich bereiten ergänzende Kurse auf den Schulabschluss vor. Dieses Prinzip hat sich als sehr erfolgreich erwiesen. Produktionsschulen sollen daher gestärkt bzw. neu eingerichtet werden. Die zahlreichen Übergangsmaßnahmen werden gestrafft und in DualPlus bzw. Produktionsschulen integriert. Dadurch soll eine höhere Qualität und Zielgenauigkeit sowie eine bessere Anerkennung und Anrechnung von Kompetenzen erreicht werden.

Eckpunkte von DualPlus

1. Neue überbetriebliche Ausbildungsstätten (ÜBS) als Träger der Ausbildung im Rahmen von DualPlus

- Jugendliche können statt einer klassischen dualen Ausbildung eine DualPlus-Ausbildung beginnen, die von einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte organisiert wird. Diese schließt auch den Ausbildungsvertrag mit den Jugendlichen (über die gesamte Länge der angestrebten Ausbildung) ab.
- Bestehende überbetriebliche Einrichtungen sollen mit den entsprechenden neuen Aufgaben fortgeführt werden. Für Branchen, in denen es bisher keine ÜBS gibt, werden diese gegründet. Gut ausgestattete Berufsschulen sowie Berufsbildungswerke für vornehmlich junge Menschen mit Behinderungen können in eine ÜBS umgewandelt werden.
- Die ÜBS wird neben Berufsschule und Betrieb zu einem dritten regelmäßigen Lernort.
- In den ÜBS werden grundlegende anwendungsbezogene Fertigkeiten vermittelt, die ansonsten in allen Betrieben gelehrt werden müssten und den Betrieben somit weitere Ausbildungskosten verursachen würden. ÜBS sind Mittler zwischen Theorie und Praxis.
- ÜBS und Betriebe sorgen gemeinsam dafür, dass der praktische Ausbildungsanteil hoch ist und im Laufe der Ausbildung kontinuierlich zunimmt.
- Die ÜBS werden von Berufsschulen und Kammern gemeinsam organisiert und von den Kammern, dem jeweiligen Land, dem Bund und der Bundesagentur für Arbeit (BA) finanziert.
- Die ÜBS können auch Weiterbildung anbieten.
- Die ÜBS sollen barrierefrei sein.

2. Organisation der Ausbildung in Modulen und Anerkennung von Teilschritten

- Eines der größten Probleme des Übergangssystems ist die mangelnde Anerkennung und Anrechnung von dort erworbenen Kompetenzen. Deshalb darf in Zukunft kein Ausbildungsschritt mehr ohne anrechenbare Anerkennung bleiben.
- Um dies zu erreichen, ist es notwendig und sinnvoll, die berufliche Ausbildung insgesamt (dual und DualPlus) in Modulen, aber weiterhin im Rahmen des Berufsprinzips zu organisieren. Eine mögliche Struktur wäre: Grundmodul von ca. einem Jahr plus vier Fachmodule von je einem halben Jahr. Die Module sollten möglichst kompetenzorientiert sein, für die Darstellung und Organisation sind momentan noch Zeiteinheiten erforderlich.
- Ausbildungsmodule sind abgegrenzte und bundesweit anerkannte Ausbildungseinheiten innerhalb eines Ausbildungsberufsbildes. Sie werden bei erfolgreichem Absolvieren zertifiziert und sind danach anrechnungspflichtig. Der erfolgreiche Abschluss eines Moduls ermöglicht auch einen Wechsel zwischen dualem System und DualPlus.
- Die verbindliche Anrechnungspflicht von Ausbildungsmodulen muss unabhängig vom Ausbildungsort gewährleistet sein.

3. Modulprüfungen an den jeweiligen Lernorten, Berufsprinzip durch Kammerabschlussprüfung erhalten

- Prüfungen am Ende der Ausbildungsmodule werden gemeinsam von Berufsschule, ÜBS und Betrieb durchgeführt.
- Um weiterhin den ganzheitlichen Ansatz der Berufsausbildung (Berufsprinzip) zu verfolgen, steht am Ende der Ausbildung eine zentrale, aber aufgrund der zwischendurch erfolgten Modulprüfungen verkürzte Abschlussprüfung, die wie bisher von den Kammern bzw. zuständigen Stellen durchgeführt wird. Gleiche Abschlüsse können so durch eine unterschiedliche Kombination von Lernorten realisiert werden.

4. Beteiligung der Betriebe

- Ein hoher betrieblicher Anteil muss zentraler Bestandteil der Ausbildung in DualPlus sein. Nur so können wichtige Fertigkeiten und Erfahrungen vermittelt werden, und nur so kann DualPlus zu einem anerkannten und gleichwertigen Weg in qualifizierte Beschäftigung werden.
- Die Kammern haben die Aufgabe, bei Betrieben im nötigen Umfang betriebliche Module/Anteile einzuwerben und den ÜBS zur Verfügung zu stellen. Die Kammern können Anreize setzen, indem sie die Beiträge für jene Betriebe senken, die viele Ausbildungskapazitäten zur Verfügung stellen.
- Um weitere betriebliche Anteile zu sichern ist auch folgendes Modell denkbar: Verbringt ein Auszubildender im Rahmen der regulären dualen Ausbildung einen Teil an einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte, bietet der Betrieb im Austausch Praktikumsplätze in entsprechendem Umfang für Auszubildende aus DualPlus.
- Das Volumen der Einstiegsqualifizierungen (EQJ) muss von den Betrieben vollständig als betrieblicher Anteil bei DualPlus eingebracht werden.

5. Eingliederung bestehender Maßnahmen des Übergangssystems in DualPlus

- Die bisherigen berufsvorbereitenden Maßnahmen von Ländern und BA im Übergangssystem werden in DualPlus integriert und als eigenständige Maßnahmen abgeschafft.
- Die bisherige Ausbildungs- bzw. Berufsvorbereitung über das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) oder Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) wird in Produktionsschulen überführt. Die einjährigen Lehrgänge an Berufsfachschulen (BFS) sollen zu einem Grundmodul der regulären Ausbildung innerhalb von DualPlus weiterentwickelt werden.
- Die bisherigen zweijährigen Lehrgänge an Berufsfachschulen vermitteln zusätzlich zum Grundmodul den mittleren Bildungsabschluss (Fachschulreife).
- Die Einstiegsqualifizierungen (EQJ) werden zu einem betrieblichen Modul (oder Modul-Anteil) bei DualPlus
- Die Berufsvorbereitung der BA (BvB) kann teilweise in die Grundmodule an ÜBS übergehen (um außerschulische Träger einbinden zu können), ein Teil bleibt als tatsächliche individuelle Benachteiligtenförderung bestehen (s. u.).
- Die außerbetriebliche Ausbildung (BaE) soll über eine regionale Kooperationsstruktur in DualPlus eingebunden werden.
- Auch Länderspezifika wie z. B. Berufskollegs sollen in DualPlus integriert werden.

6. Längere und begleitete Ausbildung für Leistungsschwächere

- Es werden Produktionsschulen eingerichtet bzw. produktionsschulähnliche Ansätze bei Trägern gefördert. Diese sind dem Ausbildungssystem (dual, DualPlus) vorgeschaltet, auf Schulabbrecher ausgerichtet und führen zu einem anschlussfähigen Schulabschluss.
- Für Leistungsschwächere und Menschen mit Unterstützungsbedarf aufgrund einer Behinderung bietet DualPlus eine besondere Betreuung und Entzerrung: Sie haben bei Bedarf mehr Zeit, um die Module abzulegen. Außerdem ist es möglich, zwischen zwei Modulen passgenaue Maßnahmen der Jugendsozialarbeit zu absolvieren. Wie bisher können ausbildungsbegleitende Hilfen parallel zur Ausbildung erfolgen. Für die Koordination der individuellen Förderung ist eine enge Abstimmung der ÜBS – in der ja Kammer und Berufsschule vertreten sind – mit den örtlichen Agenturen für Arbeit und den örtlichen Trägern der Jugendhilfe unerlässlich.

7. Mehr Durchlässigkeit zur akademischen Bildung

- Für leistungsstarke Auszubildende sollten zusätzlich allgemeinbildende Module angeboten werden, die auch zur Fachhochschulreife führen können. Damit wird der Übergang von der beruflichen zur akademischen Bildung verbessert.
- Im Gegenzug müssen Hochschulen mehr Brücken- und Einführungskurse für beruflich Qualifizierte anbieten. Außerdem müssen Bund und Länder endlich den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ohne Abitur bundeseinheitlich regeln.

8. Lebensunterhalt für Jugendliche

- In der Ausbildungsvorbereitung (Produktionsschulen bzw. produktionsschulähnliche Ansätze) sichern die Jugendlichen ihren Unterhalt wie bisher ab (Eltern, ALG-II, Schülerbafög u. ä.)
- Während der Ausbildung greift ein gestuftes System: Zu Beginn erhalten die Jugendlichen eine öffentlich finanzierte Vergütung, die sich an den derzeitigen Sätzen für die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) orientiert. Spätestens für das letzte Drittel bekommen die Azubis eine betriebliche branchenübliche Ausbildungsvergütung.

9. Finanzierung

- Die Mittel, die derzeit ins Übergangssystem fließen (3 bis 4 Mrd. Euro jährlich), sollen für DualPlus umgeschichtet werden. Zudem sind die für den Ausbildungsbonus vorgesehenen 450 Millionen Euro einzusetzen.

Vorteile von DualPlus

Perspektive statt Warteschleife

- Jugendliche bekommen einen Ausbildungsvertrag und damit eine Perspektive. Die Anerkennung von Teilqualifikationen wird gewährleistet, niemand steht mehr mit leeren Händen da, auch nicht nach einem Ausbildungsabbruch. Es sind dann immerhin Zwischenstufen erreicht, auf die aufgebaut werden kann.
- Das System mit klarer Anerkennung und Anrechnung erhöht die Motivation der Jugendlichen, gibt durch die Verknüpfung von Praxis, Theorie und Begleitung auch den Schwächeren eine Chance und erleichtert den Unternehmen die Bereitstellung von Ausbildungsteilen.
- Für Leistungsschwächere und bei Auftreten von Lernhindernissen können zwischen die Module Förderabschnitte eingebaut werden. Das entlastet auch die Betriebe.
- Jugendliche ohne Schulabschluss erhalten über die Produktionsschule einen anschlussfähigen Abschluss.

Mehr Ausbildung

- Es können mehr Betriebe für Ausbildungsleistungen gewonnen werden, da sie nur Verantwortung für einen Teil der Ausbildung, nicht aber für eine komplette Ausbildung übernehmen müssen. Dies würde gerade den Einstieg in Ausbildung für solche Branchen erleichtern, die traditionell keine etablierte Ausbildungskultur haben (Dienstleistungen) oder für Betriebe, die sehr spezialisiert sind und daher nicht alle Teile einer Ausbildung anbieten können.
- Bereits ausbildende Betriebe sparen durch ÜBS Geld (bei Instruktion an Maschinen/Geräten, gilt für Industrie, Technik, aber auch Medien, IT) und werden dadurch in ihrer Ausbildungsanstrengung entlastet.
- Es wird möglich, die übergroße Zahl der Altbewerber in den kommenden Jahren dauerhaft abzubauen.

Mehr Durchlässigkeit

- Übergänge in verwandte Ausbildungsgänge werden erleichtert, man muss nicht von vorn anfangen.
- Der Wechsel zwischen Dual und DualPlus ist möglich.
- Durch die Modularisierung und die Anrechnung von Teilqualifikationen wird auch der Anschluss an die Hochschulbildung verbessert.
- Die Anschlussfähigkeit an Entwicklungen auf EU-Ebene (Europäischer Qualifikationsrahmen und Leistungspunktesystem ECVET) wird erhöht.

Bessere Verzahnung von Aus- und Weiterbildung

- Durch Module können Ausbildung und berufliche Fortbildung in einer Branche besser aneinander angepasst werden.
- Durch das Angebot von Weiterbildung in den ÜBS entsteht eine enge Verbindung und Interaktion mit der Arbeitswelt und ein Schnittpunkt für Lebenslanges Lernen.